

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgepaarte Zeitung oder deren Raum 200 Pg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pg., Reklamen 800 Pg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätestens früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 278.

Montag, den 28. November 1921.

28. Jahrgang.

Radikal-Demokratische Politik.

Dr. L. Lübeck, 28. November.

Endlich ist die Wahrheit über den mitteldeutschen Aufstand an den Tag gekommen. Geheimberichte der beiden kommunistischen „Leiter“ des Aufstandes von der Zentrale, die von Clara Zetkin nach Moskau geschmuggelt werden sollten, sind an die Grenze von der Polizei beschlagnahmt worden. Die wesentlichsten Teile daraus wurden vergangenen Sonnabend von uns veröffentlicht.

Bisher haben weder die Berliner KPD-Zentrale noch irgend eine kommunistische Zeitung den Mut gefunden, zu diesen Veröffentlichungen Stellung zu nehmen. Von keiner Seite wird die Echtheit der Dokumente bestritten; die „Rote Fahne“ bestätigt sie sogar mit der Erklärung, daß „die beiden Berichte dem Zentralausschuß der Kommunistischen Partei am 4. und 5. Mai vorgelegen hätten“.

Eines steht jetzt unwiderleglich fest. Nie hat die deutsche Arbeiterbewegung schwärzere Tage gesehen als im März dieses Jahres; selbst ein Ludendorff hat nicht in gewissenloser und verbrecherischer Weise mit Blut und Leben der Arbeiter gespielt als die kommunistischen „Führer“ in Mitteldeutschland. Es ist gar kein Zweifel mehr möglich an der Tatsache, daß die Leitung der KPD die Massen solange belogen und betrogen und provoziert hat, bis die Arbeiter gar nicht mehr anders konnten, als in letzter Verzweiflung zur Gewalt zu greifen.

Der Putsch begann; das Blut floß in Strömen und Hunderte von Arbeitern wanderten ins Gefängnis oder ins Zuchthaus, von ihren Führern treulos verraten und verlassen, ihre Familien im Elend zurücklassend. Sie hatten guten Glaubens gehandelt; unverständlich blieb ihnen deshalb die harte Strafe. Ob ihnen unterdessen die Augen aufgegangen sind?

Moskau hatte damals den Befehl ausgegeben, in Deutschland mit allen Mitteln die „Revolution weiterzutreiben“. Getreu dieser Parole handelten auch seine gehorsamen Jünger in der KPD. Mit einer nachlässigen Handbewegung legten sie das Leben von Dutzenden der besten Genossen aufs Spiel, nur um die Massen in siebige Erregung zu versetzen. Das Leben und die Familien von Tausenden von Proletariern war ihnen nur Agitationsstoff für ihren moskowitischen Zerrinn. Und als die ganze mitteldeutsche Arbeiterbewegung zerbrochen und zerstört am Boden lag, da wälzten sie die ganze Schuld auf Severing ab und auf die beiden sozialistischen Parteien, genau wie es Ludendorff tut.

Als vor einigen Wochen die scharfe Teuerungswelle in Deutschland anhob, als spannende Erregung die Massen aufschäkelte, da hielt die KPD aufs Neue den Zeitpunkt für gekommen, das verbrecherische Spiel dieses Frühjahrs zu wiederholen. Wir sind selbstverständlich der Ansicht, daß es wie jetzt nicht weiter geht; wir sind selbstverständlich davon überzeugt, daß endlich die Regierung zu der rücksichtslosen Maßnahme gegen die Auswüchse des arbeitenden Volkes greifen muß, sollen nicht die verzweifelten Massen zur Selbsthilfe schreiten.

Aber ebenso fest sind wir davon überzeugt, daß die Mittel, die die KPD jetzt anwendet, zu einem glatten Misserfolg für das Proletariat führen müssen. Und es ist ja auch nicht das Hauptziel der kommunistischen Politik, dem Proletariat zu helfen; sie will nichts anderes als agitatorische Brandpfeile auf den Altar Moskaus abbrennen. Und das bekämpfen wir mit allen Mitteln, nicht um mit der KPD einen großen Zank anzufangen, sondern im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Welchen Nutzen kann es denn bringen, wenn in Berlin nach einer kommunistischen Versammlung einige Teilnehmer an der Spieße halbwüchsiger Burschen Schauspieler einschlagen und ausplündern?

Die „Hamburger Volkszeitung“ regt sich darüber auf, daß wir ein Teil des Schuld an den Berliner Plünderungen der provozierenden heile kommunistischen Einheitsfront zu schreiben. Und sie zieht scharfe persönliche Angriffe gegen unseren Leiter; treulich bietet der Lübecker Berichterstatter des Hamburger Kommunistenblattes dabei die Hand dem gut deutsch-nationalen Herrn Wittern, befindet sich also in „passender“ Gesellschaft. Wir werden nicht in gleicher Weise antworten; denn uns steht die proletarische Einheitsfront zu hoch, als daß wir sie aus agitatorischen Gründen tören möchten. Aber die Frage sei doch an die „Hamburger Volkszeitung“ gerichtet, ob es auch eine Lüge ist, daß die Kommunistische Partei das mitteldeutsche Blutvergießen verschuldet hat?

Wir wiederholen jedoch, da wir wenig Wert darauf legen, uns zur Freude der Lübecker Nationalisten mit den Kommunisten herumzuzanken. Wenn es uns auch schwer wird, nach den mitteldeutschen Enthüllungen noch an den Idealismus der kommunistischen Führer zu glauben, so wissen wir doch, daß unter den Mitgliedern der KPD viele sind, die das ehrliche Bestreben haben, dem notleidenden Proletariat nach Kräften zu helfen. An sie wenden wir uns, nicht um

sie von ihren Irrtümern zu belehren, sondern um einige Fragen der bevorstehenden Lübecker Politik zu besprechen.

Im Wahlkampf hat das kommunistische Schlagwort von der Einheitsfront der Arbeiterschaft eine große Rolle gespielt; immer wieder betonten seine Verkünder, daß die kommunistischen Bürgerchaftsmitglieder die Absicht hätten, praktische Arbeiterpolitik zu leisten.

Nun nehmen wir sie bei ihrem Versprechen. Wir haben die Absicht, eine wirkliche sozialistische Einheitsfront herzustellen; nicht nur mit Worten, sondern in der Tat. An den Kommunisten liegt es nun, den guten Willen zu zeigen.

Aber, keinen Augenblick dürfen sie darüber im Zweifel bleiben, daß wir wirklich Mitarbeit verlangen; daß wir eine Politik der bloßen agitatorischen Phrasen nicht dulden werden. Wenn das einzige Ziel der kleinen kommunistischen Fraktion sein wird, auf der linken Seite des Bürgerhaushauses einen Laternenpfahl zu errichten, an dem sie der Reihe nach hochsprechen, um Wahlreden zu halten, dann versprechen wir uns von einer Zusammenarbeit wenig. Auch in einem kleinen Parlament sind unangenehme Aufgaben zu erledigen, sind weniger populäre Vorlagen zu bewilligen, sind langwierige Kommissionsberatungen durchzuführen. Mügen sich die Kommunisten darüber klar sein, daß ihre Mitarbeit nur dann möglich ist, wenn sie diese Unannehmlichkeiten in den Kauf zu nehmen bereit sind.

Wir befürchten allerdings, daß die Anrempelung des „Volksboten“ durch die „Hamburger Volkszeitung“ keinen andern Zweck haben sollte, als die mögliche Einheitsfront unmöglich zu machen; als ein ständig regendes Angstgefühl vor praktischer Arbeit geschwächt zu bemühen. Aber Aussichten sind zwecklos; die Lübecker Kommunisten werden Farbe bekennen müssen, ob sie ihre Versprechen einlösen wollen oder nicht. Das ist schon aus dem Grunde nötig, damit die Arbeiter, die als Mittäucher kommunistisch gewählt haben, den Erfolg ihrer Stimmabgabe klar und deutlich erkennen; nicht umnebelt von der Phrase, daß die Sozialdemokraten die proletarische Einheitsfront nicht wollten.

Wenn es uns auch schwer ist, zu einer Verständigung die Hand zu bieten einer Partei, die mit solchem Vorgehen gegen die Einigkeit der Arbeiterbewegung und mit solcher Blutschuld beladen ist, wie die kommunistische, so steht uns doch die Einheitsfront des arbeitenden Volkes so hoch, daß wir alle diese Bedenken zurückstellen. Eine rein sozialistische Mehrheitsbildung in der Bürgerschaft ist der Weg, den wir gehen möchten, eine rein sozialistische Politik unser Ziel.

Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, die nächsten Wochen ein wachsames Auge zu halten auf die Vorgänge im Rathaus. Eine Einheitsfront ist möglich. Die Bürgerschaftswahl war ein großer Erfolg für das Proletariat. Möge er nicht durch kommunistische Torheiten in einen Misserfolg verwandelt werden!

Die kommunistische Blutschuld.

Guthüllungen über die Hamburger Unruhen.

Berlin, 27. November.

Die Enthüllungen über die Vorbereitungen zum kommunistischen Märzputsch haben ihre Wirkungen nicht verfehlt. Der kommunistische Zentralvorstand schweigt weiter, trotzdem er bereits am Freitag durch die „Rote Fahne“ die Veröffentlichung von Protokollen ankündigte, um die Unrichtigkeit der Dokumente zu beweisen und die „Rote Fahne“ wagt jetzt schon nicht mehr die Richtigkeit des Inhalts abzustreiten, sondern sagt lediglich, daß sie unglaublich seien, wie die ersten Veröffentlichungen. Ist es nicht sonderbar, daß plötzlich alle Beauftragten Eberleins, die sich persönlich kaum kennen werden, als Phantasten bezeichnet werden? Schon diese Bezeichnung über einen Kammer beweist, wie schlecht es mit der Verteidigung der Kommunisten steht. Zu diesem Verlegenheitsgeschämmel gefällt die „Rote Fahne“ die bekannten Phrasen von „Weißmanns Material“, durch dessen Veröffentlichung eine neue Denunziation infosofern erfolgt sei, als gegen die Beschuldigten schon Anklage erhoben worden sei. Nachdem die ersten Berichte veröffentlicht waren, wußte die „Rote Fahne“ anders zu schreiben. Inzwischen hat sie die vor 24 Stunden vorgebrachte Rechtfertigung vergessen, denn sie suchte die Dokumente dadurch für harmlos zu erklären, daß sie fragte, warum greift denn die Staatsanwaltschaft nicht ein, wenn ihr das Material seit Monaten bekannt ist? In demselben Moment antwortete das harmlose Kommunistenblatt: Doch nur, weil die Berichte so phantastisch erschienen! Trotz allem aber spricht dasselbe Schwätz — um mit dem „Unabhängigen Zeitungsdienst“ zu reden — heute von einer Denunziation. Auch der

geistig tieftstehendste Kommunist wird diesen Schwund merken. Desgleichen spricht das kommunistische Organ vor einem Erfolg der Veröffentlichungen in der Hinsicht, daß der Klassenjustiz durch die Enthüllungen ein neuer Vorwand geliefert wurde, um die Opfer einer Amnestie zu entziehen. Wie immer verdreht auch diesmal die „Rote Fahne“ die Tatsachen in das Gegenteil. Wenn die Enthüllungen, die der sozialistischen Presse übrigens nie aus der Hand Weißmanns zugegangen, einen Erfolg gehabt haben, so ist es ohngeachtet der Ernüchterung auf die kommunistische Arbeiterschaft zweifellos doch der, daß man heute selbst in den reaktionären Kreisen, die gegen eine Begnadigung der politischen Gefangenen sind, zu der Einsicht gelommen ist, daß es sich bei diesen Leuten im wesentlichen um versuchte Opfer handelt. Und um diesen Opfern weiterhin zu helfen, um andererseits aber auch das kommunistische Verbrechen gebührend zu charakterisieren, fahren wir mit der Veröffentlichung der Enthüllungen fort:

„Auslage des Genossen Richard Wegener.“

M. P. Leiter für Pommern-Mecklenburg.

Am Sonnabend, dem 26., erhielt ich vom Genossen Eberlein den Auftrag, in Gegenwart von Weber die Ententes, die in Stettin lagen und für Danzig bestimmt sind, in die Luft sprengen zu lassen.“

Ein anderer Bericht, der von dem Kommunisten von Oppold und Köppen aus dem Ortsverein Hamburg und Bezirk Wasserfront stammt, besagt folgendes:

„17. März, Berichterstattung vom Zentralausschuß.

19. Vorstandssitzung, Ortsverein Hamburg, Beschluss. Mitteleuropäische Bewegung zur Demonstration nach dem Heiligabendfeld zu benutzen, um die Aktion einzuleiten. Nach Rücktritte mit Verbänden rückläufig gemacht worden. Dann mit Erwerbslosenvertretung Besprechung: Die Erwerbslosen am Mittwoch morgen in die Betriebe hinein, mit den in Arbeit Stehenden gemeinschaftlich Einstellung erzwingen, event. Arbeitsniederlegung.

22. Dienstag, Flugblatt. Ganz Hamburg. Aufruf zum Generalstreik. Diese ganzen Beschlüsse wurden gesetzt auf Grund der Neuerungen Bergers, der ausführte, daß innerhalb drei Tagen unbedingt etwas zu geschehen hätte und daß vor Ostern, nach den Auseinandersetzungen Branders, die Situation in Deutschland hochsteigert werden müsse, daß mit höchster Spannung zu rechnen sei.

23. März, 7 Uhr mit den Erwerbslosen in die Werften hinunter. Blau u. Rot 403 bis 509 Erwerbslose. Betrieb stillgelegt. Rote Fahne gehisst. Direktionsgebäude besetzt. Vulkan besetzt. Die Belegschaft unternahm entgegen unserer Direktive einen Demonstrationszug über Neuhof mit dem Verlust eines Todes zum Heiligabendfeld zu gelangen. Durch Sipo kontrolliert. 8 Tote, mehrere Vermundete. Der neu eingestellte Aktionsausschuß hält keine Sitzung ab. Der Genosse Eberlein von der Zentrale teilte uns mit, daß die Zentrale uns die Anweisung geben, sofort abzubrechen in Hamburg, es sei 1 Uhr nachts. Am Donnerstag, dem 24., erschien Eberlein von der Zentrale mit einer gerade entgegengesetzten Parole, als die des Genossen Stößl. Er behauptet, daß die Zentrale vor uns unter allen Umständen verlange, den Kampf bis zum Neujahr durchzuführen und zwar in allen Ortsgruppen, wo sich Kommunisten befinden. Ermittlungen haben überall ergeben, daß unsere Genossen wohl den guten Willen hatten, sich für die Sache mit aller Stärke einzulegen, leider aber das übrige Proletariat im Kampf gegen unsere Genossen mit Brüderlichkeit und sonstigen Betriebsmaterial vorging, so daß schon in den nächsten Tagen ein Teil unserer Genossen fahnenflüchtig wurde. Wir erwarten dringend Auflösung, welche Parole die richtige war, oder ob jeder aus seiner eigenen Faust handeln durfte. Wir erblicken einen der Hauptfehler darin, daß nicht einheitliche Direktiven im ganzen Reich an alle Genossen gegeben wurden.“

Zwar enthält der letzte Bericht kommunistischer Führer nicht wie die ersten obigen Angaben einen Auftrag zur Sprengung oder zum Mord, immerhin aber beweist auch er, wie die kommunistische Zentrale die Hände im Spiel hatte und die Leitung der Aktion von ihr ausging. Der Leiter jeder Aktion trägt naturgemäß die Verantwortung für den Verlauf derselben und in diesem Falle sind es die Kommunisten, die die Schuld für all das Elend tragen, das den Planen zugrunde liegt, die wir im Verlauf der letzten Tage veröffentlicht haben.

Der ehemalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Dr. Paul Levi, veröffentlicht in der Sonntagsausgabe der „Freiheit“ unter der Titelseite „Die Märzverbrecher“ eine Erklärung, in der er sich gegen die Beschuldigung, die Veröffentlichung der Enthüllungen veranlaßt zu haben, verwahrt. Zum Schluss dieser Erklärung heißt es wörtlich:

„Im übrigen bemerke ich, diese Protokolle sind von den Beteiligten abgesetzt und mir zugänglich gemacht worden aus ganz anderen Gründen, als aus den, daß ich im Lande herumgereist sei oder hätte reisen lassen. Die Gründe, weswegen die Genossen sich an mich drännten, waren andere. Ich nehme an, daß Hugo Eberlein trotz seiner Rede im Landtag darüber Bescheid weiß.“

Zwar ist diese Erklärung Levi sehr vorsichtig gehalten, aber sie gibt dennoch eine Bestätigung für die Echtheit der Protokolle und läßt durchdringen, daß der ehemalige Vorsitzende der KPD noch vieles zu sagen weiß, vorläufig jedoch damit zurückhält. Nachdem die Untersuchung einmal eingeleitet ist, und Anklage erhoben

werden wird, erscheint es angebracht, daß Paul Levi von dem Reichsgericht in Leipzig als Hauptzeuge geladen wird, da er die Vorgänge am besten kennt. Das Erscheinen Levis vor dem Gericht liegt im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und nur durch seine Aussagen wird — wie es die „Freiheit“ wünscht — „die Reinigung der Arbeiterbewegung von den Elementen, die sich in der Leitung der kommunistischen Partei breit machen“, möglich sein.

Die Folgen der Enthüllung.

Die „Rote Fahne“ behauptet und scheint diese Behauptungen zu ihrem Hauptnahmehilfsmittel zu machen, daß die Enthüllungen über die Vorkommnisse in der Märktecke nur den politischen Geisengenen schaden können und die Justizbehörden jetzt Grund haben, eine Begnadigung zu versagen. Demgegenüber ist interessant, was die deutsch-nationalen „Tägliche Rundschau“ anlässlich der Veröffentlichungen in ihrer Sonntagsausgabe sagt:

„Kein Zweifel! Nachdem die Haftschuld der Kädelsführer derartig an den Tag gekommen, erscheinen die Verschwörungen und Ausleitungen der Mittlöser in milderem Lichte. Beobachtet man die Dinge rein menschlich, so wird man die blutigen Toten manches heilsamen Rotgardisten weniger scharf beurteilen, wird das Schicksal manches Eingekerkerten in gewissem Sinne frisch pennen müssen. So dient eine derartige Enthüllung endlich einmal einem humanen Zweck. Der Staat entzäßt anschließend dieser Tatsachen sicherlich die Pflicht, die einzelnen Fälle der Verschwörungen genau zu prüfen und dort Gnade vor Recht erneut zu lassen, wo die Misschuld an der Märktecke auf unmittelbarer Verführung durch die verbrecherischen Seher beruht, für die kein Galgen hoch genug wäre.“

Das sieht anders aus, wie die „Rote Fahne“ die Dinge darstellt. Sicher war die gesamte Reichspresse eifriger Gegner jeder Begnadigung — und heute?

Die Konferenz Washington.

Washington, 28. November.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ wird die Konferenz in der ersten Hälfte des Dezember verlegt werden. In der Zwischenzeit sollen aber die Ausschüsse ihre Arbeiten fortführen.

Der Londoner „Observer“ sagt: Die Konferenz müsse so schnell wie möglich verlängert werden, um im Frühjahr einer anderen Konferenz Platz zu machen, die sich nicht nur auf die Seefürstentümer und den Fernen Osten beziehen soll, sondern auch die europäischen Fragen und die Landseerei behandelt. Die nächste und vorzüglichste legte Vollsitzung der Konferenz wird nach den Erklärungen des Staatssekretärs Hughes erst in einigen Tagen stattfinden können. Bis dahin, so hofft man, wird die Frage der Bestrafung der Seefürstentümer hinreichend geklärt sein. Das Einvernehmen sei in groben Umrissen bereits hergestellt, insbesondere kommt es sich um die Frage der Haftpflichtenheiten handelt. Nur in der Tauchbootfrage sei eine Einigung bisher noch nicht erzielt. Endend märkte, daß diese Frage bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt werde.

Eine Finanzkonferenz unter Teilnahme Deutschlands.

London, 28. November.

„Daily Chronicle“ hat aus Washington ein Telegramm erhalten, wonach es heißt, daß der Gedanke einer im nächsten Jahre in Paris oder London abzuhandelnden Finanz- oder Wirtschaftskonferenz jeden Tag mehr an Wahrscheinlichkeit annehme. Deutschland würde ebenfalls zu dieser Konferenz eingeladen werden, „als es keine Entschuldigungsverpflichtungen bis zu dieser Zeit durchführt.“

Deutschland und die Abrüstungskonferenz.

Washington, 28. November.

Der deutsche Gesandtschafter v. Schermann hat der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß Deutschland bereit sei, eine Delegation nach Washington zu schicken, die bevollmächtigt sein soll, die von England gewünschten Garantien für Deutschlands Friedenstige Abstimmung zu geben.

Gleichzeitig hat Schermann mitgeteilt, daß Deutschland eine Bedämpfung der Reparationsfrage für dringend und wichtig ansieht, denn die Durchführung der leichten Zahlungsweise würde dazu führen, daß in Wirklichkeit niemand etwas erhält.

Ein amerikanischer Seite wird versichert, daß man der deutschen Regierung bereits zu verstehen gegeben habe, sie möge alle Vorbereitungen für die Entsendung einer kleinen wirtschaftlichen und militärischen Delegation treffen, der das Recht zugeschanden werden soll, das Problem der Rüstungen zu prüfen und offen zu erörtern.

Präsident Harding hat die Absicht, Deutschland in die neu zu schaffende Volkervereinigung einzubringen, die den Völkerbund erzeugen soll.

Französische Isolierung.

Spannung zwischen England und Frankreich.

Die seit Monaten latente Spannung zwischen England und Frankreich hat plötzlich unmittelbar nach dem Zusammentreffen der Washingtoner Abrüstungskonferenz und dem offiziellen Zusammenklang mit den dortigen Reden Briands, eine neue aktuelle Verdächtigung erweckt. Dem „The Europe“ hat die englische Regierung befohlen, ein Kriegsschiff nach Mexiko in Billigien in der Nähe von Mexikobucht zu entsenden. Diese Nachricht hat nach einem Pariser Telegramm der gleichen Agentur in der französischen Presse unerwartet eine neue Spannung hervorgerufen. Der „Matin“ vergleicht die Spannung mit der Entsendung des deutschen Kaiserreiches „Panzer“ nach Tigray im Juli 1911. Auch der „Figaro“ gemacht denselben Vergleich. Schon am Ende seiner großen Rede am Donnerstag hatte der englische Außenminister Lord Curzon bei der Erwähnung des französischen Problems einen für Frankreich sehr peinlichen Wendungen gebracht, wie überzeugend diese ganze Rede öffentlich gegen die Haltung Frankreichs — nicht nur in Washington — war. Richtig ist, daß der „Matin“ mit dem die gleiche englische Presse sich befreit hat, und zwar zu berichten, daß Curzon keine Rede mit Lloyd George und den übrigen Mitgliedern des britischen Kabinetts vereinbart hätte. Erwegen seiner ursprünglichen Käfer hat sich Curzon in Kämpfen unmittelbar vor seiner Rückkehr nach Frankreich zu der englischen Presse etwas eingeschüchtert. Er vertrug dabei Amerika gegen England auszuspielen und berichtete, daß das amerikanische Volk sowie die ganze Welt (?) ihn jetzt bestanden hätten. Bezuglich des

Angora-Abkommen meinte er hingegen, er sei überrascht, daß man in einem Augenblick, wo man Frankreich einlade, seine Streitkräfte zu vermindern, man ihm dieses Einvernehmen mit den Türken zum Vorwurf mache, dessen Wirkung die Einstellung eines neuen Blutergiebens sei und das Frankreich ermögliche, seine Orientarmee um die Hälfte zu verringern.

Aufregung auch in Italien.

Das Auftreten Briands hat aber in Italien noch viel größere Aufregung hervorgerufen, als in England. Nach überstimmenden Telegrammen der Sonderberichterstatter der italienischen Blätter in Washington soll nämlich Briand in seiner Erwiderung auf den Vorschlag Schanfers, durch den den Frieden der Abrüstung zu Lande neu aufgerollt werden sollte, Wendungen gebracht haben, die sowohl für die enklatische Marine, wie auch vor allem für die italienische Armee höchst heilig sind gewesen sein sollen. Er soll dabei von den enklatischen Großkampfschiffen gesprochen haben, die zum Gardienfahrt dienen und den italienischen Delegationen, die auf ihre ehre bereits vollzogene, lehrreichende Abrüstung zu Lande hingewiesen halten, gegenüberstehen. Sie hätten lediglich abgerückt, weil sie nicht imstande gewesen seien, ihre Arme zusammenzuholen, die „Innöcker moralischer Verwaltung“ bezeichneten sei. Diese Worte haben in ganz Italien eine ungeheure Aufmällung des Journals hervorgerufen, die sich nicht nur in schärfsten Ausfällen der italienischen Presse gegen Briand und Frankreich, sondern bereits auch in Streikdemonstrationen und demonstrativen Prozessen hat. Nach einem Telegramm der Agentur „Intels“ aus Rom haben dort 200 nationalistische Studenten vor dem französischen Generalkonsulat demonstriert und sind schließlich in das Gebäude eingedrungen, wo sie das gesamte Militär zerstört haben. Auch in Turin schlagen sich ähnliche Dinge abgespielt zu haben, da mehrere Polizei-Blätter von Amischenfällen in dieser Stadt sprechen.

Kommissionshandlungen in Oberschlesien.

Genf, 25. November. (W.T.B.) Die deutsch-polnische Konferenz beschloß, daß folgende Unteranschüsse ihre Sitzungen in Oberschlesien abhalten:

1. Eisenbahntreinen.
2. Elektrizität und Wasser.
3. Währungsfrage.
4. Post, Telegraph und Telephon.
5. Zollstellen.
6. Rohre und Verarbeitungsprodukte.
7. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.
8. Soziale Versicherung.
9. Grenzverkehr.
10. Gewerbebau, Privatrechte und Nationalität und Wohnungsfrau.

Unteranschluß 11 (Schutz der Minderheiten) wird nach Genf berufen. Abwechselnd wird ein Deutscher und Pole den Vorsitz führen. Die Ausschüsse sollen ihre Arbeiten so früh fertigstellen, daß am 15. Januar die Gesamt-konferenz der Regierungsbefolkmäßigkeiten wieder in Genf zu einer zweiten Tagung zusammenkommen kann. Im Falle der Uneinigkeit zwischen beiden Parteien soll der Präsident den endgültigen Text festlegen.

Zur Hinwendung der Sachverständigen Herold und Hobusch wird erklärt, daß Herr Herold abgelehnt hat. Was dagegen Hobusch betrifft, so wird die Meldung bis jetzt nicht bestreitet, vielmehr heißt es, daß seine Teilnahme in Völkerbundkreisen empfohlen wird.

Ein neuer Hindenburg-Rummel.

Die Vertreter der höheren Schulen und der Bürgerschulen der Stadt Hannover lassen in diesen Tagen an sämtliche deutsche höheren und Bürgerschulen Rundschreiben ergehen, in denen zu einer Hindenburg-Feier am 3. und 4. Dezember d. J. aufgerufen wird. Der Zweck der Kundgebung ist eine Huldigung für Hindenburg sowie eine Bekräftigung des nationalsozialistischen Geistes an unseren Schulen. Der 3. und 4. Dezember fällt unseres Wissens nicht in die Ferien, wohl aber ist der 4. ein Sonntag, so daß die Direktoren der einzelnen Lehranstalten einen besonderen Urlaub für den 3. Dezember ertheilen müßten. Bei dem Geist, der die große Mehrheit die er Herren beherrscht, ist kaum daran zu zweifeln, daß der Urlaub tatsächlich erteilt werden wird. Wie zweifeln nicht daran, daß Hindenburg über die ihm zugedachte Ehrengabe der nationalsozialistischen deutschen Jugend Freude empfunden wird, bringt sie doch Geist von jenem Geist, der uns in die Katastrophen des Weltkriegs führte und sich auch heute wiederum anmaßt, die künftige Führerrolle in Deutschland spielen zu wollen. Für die nüchternen Betrachter der Angelegenheit aber wird der Triumphzug durch die Straßen Hannovers kaum einen besonders erhebenden Eindruck machen. Von Erhabenden bis zum Lächerlichen ist auch hier nur ein Scherz.

Stimnes und Lloyd George.

Hugo Stinnes, der inzwischen von seiner Londoner Reise zurückgekehrt ist, wurde am Sonnabend vor dem Reichskanzler empfangen. Neben seinen Besprechungen mit Dr. Wirth werden von verschiedenen Seiten Mitteilungen verbreitet, die über Grundlage entstehen und lediglich auf Kombinationen beruhen. Richtig ist, daß Stinnes mit Lloyd George Besprechungen geführt hat und dem Reichsflieger hierauf Kenntnis galt. Die „Volkszeitung“ weiß über den Aufenthalt von Hugo Stinnes in England nähere Mitteilungen zu machen, die wir bestätigen können.

Auf wenige Einigemeinde wußten vorher, daß Stinnes von Lloyd George eingeladen war. Zu diesen gehörte der Reichsflieger, den Stinnes wohl informiert hatte. Wenn es gelang, das Geheimnis dieser Reise so lange zu bewahren, und wenn aus London sogar Dementis der Gerüchte vierherkommen, daß der deutsche Großindustrielle vom englischen Ministerpräsidenten empfangen worden sei, so ist das im wesentlichen auf die geplante Zukünftigung des Besuches in London zurückzuführen. Herr Stinnes hat nicht bloß Lloyd George geprägt, sondern er hat vom Sonnabend mittag bis Montag mittag zum Wed-End zu Besuch auf dem Lordship Lloyd George geweckt. Er fuhr von der Bahn ins Hotel und wurde vom Hotel im Automobil weiterbefördert und auf die Weise vor keiner Ankunft zum Hotel zurückgeführt, und in der Zwischenzeit wurden Besucher und Zaterneier, die Stinnes im Hotel sahben, dadurch gefärbt, daß man ihnen sagte, Herr Stinnes könne.

Wir sind uns klar darüber, daß die Verhandlungen des Kohlekönig Stinnes in der Hoffnung im Interesse der deutschen Industrie gelegen haben, die, wie wir bereits in einem Artikel am Sonnabend mitteilten, die Verbindung der deutschen Reichsministerien mit den Balken der übrigen Länder wünscht, und zu diesem Zweck die Privatisierung für unabdinglich notwendig hält. Es ist deshalb nur zu begrüßen, wenn die Reichsregierung nun wie vor verfügt, die Kreide jetzt nachdringlich von der

Industrie aufzubringen. Zu diesem Zweck ist der Präsident der Reichsbank Havenstein nach London gereist, und wird dort jedenfalls nicht nur mit offiziellen Kreisen, sondern auch mit Vertretern der Industrie Verhandlungen führen. Gleichzeitig werden die Versuche des Reichskabinets, in Amerika Kredite aufzubringen, fortgesetzt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Kanzler bereits in der Montagssitzung des Auswärtigen Ausschusses über das Resultat der durch ihn angestrebten Verhandlungen Mitteilung macht.

Studenten und Reichsflagge.

Die letzten Ereignisse deutscher Corpsstudenten in Hamburg und Dresden, die in einem Herabholen und Verstülpeln der Reichsflagge gipfelten, veranlassen Hermann Wendel in dem soeben erschienenen Heft der „Gilde“ zu sehr bemerkenswerten Auslassungen. Nachdem er an die Geschichte großer studentischer Korporationen und an die Begeisterung der Vorfahren für Schwarz-rot-gold erinnert hat, schildert er die Entwicklung, die im Zeichen der Republik an den Urenkeln festgestellt ist. Wendel sagt: „Wahrlich, erbärmlicher sind nie große geschichtliche Überraschungen verzeugt worden, und läufiger ist nie im Laufe eines kurzen Jahrhunderts eine anfangs durch Ideenmacht zusammengehaltene Gemeinschaft auf den Hund gesunken. Die Urenkel, die jetzt das Schwarz-rot-goldene Band tragen, stehen stramm auf der Seite der Mutterland und Kotzebü, um der vermuteten Wachtstubegeist der „Kämpf- und Schmalzgesellen“, deren Endgültigkeit die Urgroßväter Pfeif um Berat gebracht hatten, ist ihr Geist; von diesen jaden Gesichtern liest man auch nach dem aufwühlendsten und umwälzendsten Ereignis aller Menschheitsgeschichte das furchtbare Wort ab: Nichts gelernt und nichts vergessen! Erdeile sind wider einander geprallt, Reiche haben sich aufgelöst, eine alte Gesellschaftsordnung liegt im Sterben, die Welt ist ganz und gar aus den Fugen, aber ein Verbindungsstudent seine Ehre schändet, wenn er in „Coulour“ ein Patenkind über die Straße trägt oder eine Bedürfnisanstalt aussucht, ist unerschüttertes Gesetz. Unberührt und verständnislos gehen die Urenkel der Freiheitskämpfer vor einst durch diese Zeit; sie wählen sich, namentlich auf den Körperfesten, in üppiger Schlemmerei, während Deutschland hungrig und darbt; sie erproben mit Schlägergesuchte ihren männlichen Mut, während Millionen von „Satisfaktionsunfähigen“ Proletarien vier Jahre lang im Schützengraben gegen ganz andere Waffen „auf Mensur“ gestanden haben; sie machen — siehe „Allgemeiner Deutscher Waffenring“ und die ihnen angeschlossenen 368 „deutschvölkischen“ Korporationen — in blöder Judenhetze; sie haben bei jeder offenen und geheimen reaktionären Organisation, Orgesch, Freikorps Oberland, Brüder von Stein, ihre Hand mit im Spiel, und die grauenwolle Tat von Mecklenburg ist nur ein Aussatz des verbissenen und hochsahnen den Geistes, der in der Massse des Volkes den Feind erblickt.“

Wer angesichts dieser Erscheinungen von einem in die Irre gegangenen Idealismus spricht, hat nie in das Innere dieser blasierten unjungen Jugend geschaut, bei der statt überschäumenden Dranges die Korrektheit mit durchgezogenem Scheitel Prinzip ist. Idealismus heißt Hingabe an ein Ideal. Aber was für ein Ideal pflegen die bunten Mühen und die ihnen nachzäffen? Den Ludendorffsgeist, wie es die deutsch-nationale Studentengruppe der Frankfurter Universität tritt und fröhlich bekenn, also die seelenloseste, geistärme, platteste Feldwebelgesinnung und Gewaltanbetung, die sich überhaupt denken läßt! Was wissen sie von der Monarchie? Daz unter ihr „gute Beziehungen“ durch Zugehörigkeit zu einer Verbindung für den Aufstieg zu den Staatsämtern und würden wichtiger waren als alle Gebiegung und Eignung! Was wissen sie von der Republik? Daz die „alten Herren“ der Bonner Preussen und Heidelberg-Saxoborussen nicht mehr das Monopol auf die Ministerposten haben und Leute ohne Abschöpfungsprüfung in die Verwaltung gelangen! Das genügt ihnen, um diese Staatsform zu verabscheuen und jene zurückzuwünschen. Weil sie im Gegensatz zu ihren Urgroßvätern Söhne einer fast gewordenen Klasse sind, die ihren ererbten Platz am Gütertrog behaupten wollen, deshalb sind sie monarchisch und kaiserlich, deshalb bilden sie einen gefährlichen Stoßtrupp der Gegenrevolution, deshalb reißen sie unter Schimpf und Schmähreden die Schwarz-rot-goldenen Fahnen herunter.

Späte Entscheidung.

Die bereits telegraphisch gemeldete Auflösung militärischer Verbände wird im „Reichsanzeiger“ wie folgt bekanntgegeben:

Amtlich. Die Reichsregierung sprach auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1921 die Auflösung der Organisationen Rohbach, Hubertus, Ulrich, Heydebrek und Oberland aus. Die Auflösung war von der interalliierten Militärrkommission auf Grund des Ultimatums vom 5. Mai und 12. November 1921 aufdrücklich verlangt worden. Die Reichsregierung mußte der Fortsetzung entsprechen, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß diese Verbände noch ihrer Tätigkeit unter das Gesetz vom 22. März 1921 in Verbindung mit dem Ultimatum fallen. Erhebungen, insbesondere Berichte der letzten Wochen erbrachten diesen Nachweis. Es steht nun mehr insbesondere fest, daß die Verbände, wenn sie auch zum Teil gleichzeitig wirtschaftliche Zwecke verfolgen, militärisch gegliedert sind und daß ihre Beschlagnahme nach Art militärischer Vorschriften geregelt ist. Die Verbände ersteren sich sowohl allein, wie in Verbindung miteinander über große Teile des Reiches. Die Reichsregierung war auf Grund des von ihr angenommenen Ultimatums verpflichtet, die Auflösung der Verbände anzusprechen. Die Auflösung trifft auch alle an Stelle der aufgelösten Organisationen etwa gebildeten Verbände, die sich als deren Fortsetzung darstellen. Soweit Arbeitsgemeinschaften mit einwandfreien wirtschaftlichen Tendenzen durch die Auflösung getroffen werden, leitet die Reichsregierung besondere Maßnahmen ein, die aber an der vollständigen Auflösung der oben genannten Verbände nichts ändern.

Wir vermögen im Wortlaut dieser Entscheidung, die zu spät kommt, um noch wirksam zu sein, keine den Erfüllungswillen und den Willen zur Entwaffnung der Gegenseitigkeit zu zeigen. Gerade in einem Moment, wo das Ausland, besonders Frankreich, solche Kundgebungen als Zeugnisse gegen uns braucht, hat Deutschland die Pflicht, treu zu sein, und nicht nur einem Zwange gehorchn, die Reaktion zu entwaffnen.

